



**BERICHT**  
über die  
**PRÜFUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES**  
zum 31. Dezember 2020  
der  
**Wirtschaftsuniversität Wien**  
  
**1020 Wien**  
**Welthandelsplatz 1**

Wien, 19. April 2021

223410  
KAR/KAZ

**BDO Austria GmbH**  
Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft  
Am Belvedere 4, 1100 Wien

Telefon: +43-1-537 37-0  
Telefax: +43-1-537 37-53  
HG Wien, FN 96046w  
[bdo.at](http://bdo.at)



<i>INHALTSVERZEICHNIS</i>	<b>Seite</b>
<b>1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung</b>	<b>1</b>
<b>2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Rechnungsabschlusses</b>	<b>2</b>
<b>3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses</b>	<b>2</b>
Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Rechnungsabschluss	2
Erteilte Auskünfte	2
Nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und wesentliche Verluste	2
Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 UGB (Ausübung der Redepflicht)	2
<b>4. Bestätigungsvermerk</b>	<b>3</b>
Bericht zum Rechnungsabschluss	3

<i>BEILAGENVERZEICHNIS</i>	<b>Beilage</b>
<b>Rechnungsabschluss</b>	
Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2020	
Bilanz zum 31. Dezember 2020	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Rechnungsjahr 2020	II
Angaben und Erläuterungen für das Rechnungsjahr 2020	III
<b>Andere Beilagen</b>	
Allgemeine Auftragsbedingungen	IV

***RUNDUNGSHINWEIS***

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

An die Mitglieder des Rektorats und des Universitätsrates der  
Wirtschaftsuniversität Wien,  
Wien

Wir haben die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31. Dezember 2020 der

**Wirtschaftsuniversität Wien,  
Wien,**  
(im Folgenden auch kurz "Universität" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

## 1. PRÜFUNGSVERTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

Mit Beschluss des Universitätsrates vom 18. Mai 2020 der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Rechnungsjahr 2020 gewählt. Die Universität, vertreten durch den Universitätsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2020 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Universität beachtet wurden.

Weiters ist festzustellen, ob ein Corporate Governance-Bericht nach dem B-PCGK aufgestellt wurde.

Die Prüfung zum 31. Dezember 2019 erfolgte durch einen anderen Abschlussprüfer.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufswirtschaftlichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen

Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Rechnungsabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum November 2020 (Vorprüfung) sowie von März bis April 2021 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen unserer Kanzlei in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. (FH) René Berger, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Universität abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Universität und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Universität und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

## 2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNG VON WESENTLICHEN POSTEN DES RECHNUNGSABSCHLUSSES

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Rechnungsabschlusses sind in den Angaben und Erläuterungen des Rechnungsabschlusses enthalten.

Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Rektorats in den Angaben und Erläuterungen des Rechnungsabschlusses.

## 3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

### FESTSTELLUNGEN ZUR GESETZMÄßIGKEIT VON BUCHFÜHRUNG UND RECHNUNGSABSCHLUSS

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der ergänzenden Bestimmungen der Satzung und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Rechnungsabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Die Universität hat einen Corporate Governance-Bericht gemäß B-PCGK aufgestellt. Eine materielle Prüfung dieses Berichtes war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

### ERTEILTE AUSKÜNFTE

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Wir erhielten vom Abschlussprüfer des Vorjahres Zugang zu den relevanten Informationen der geprüften Universität und über die zuletzt durchgeführte Abschlussprüfung.

### NACHTEILIGE VERÄNDERUNGEN DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE UND WESENTLICHE VERLUSTE

Die Wirtschaftsuniversität Wien trat im Jahr 2020 als Stifterin der im Jahr 2020 neu errichteten WU (Wirtschaftsuniversität) Wien Stiftung – Stiftung auf und widmete der Stiftung ein Vermögen im Ausmaß von EUR 20.049.681,55. Der durch diese Vermögenswidmung entstandene Aufwand belastete das Jahresergebnis 2020 und führte folglich zu einem Jahresfehlbetrag.

### STELLUNGNAHME ZU TATSACHEN NACH § 273 ABS. 2 UGB (AUSÜBUNG DER REDEPFLICHT)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Universität gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

Die Voraussetzungen für die Erstellung eines Frühwarnberichts (§ 16 Univ. Rechnungsabschluss-VO) sind nicht gegeben.

## 4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

### BERICHT ZUM RECHNUNGSABSCHLUSS

#### PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Rechnungsabschluss der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Rechnungsjahr sowie den Angaben und Erläuterungen, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Rechnungsabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2020 sowie der Ertragslage der Universität für das an diesem Stichtag endende Rechnungsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften sowie den Vorschriften des Universitätsgesetzes 2002 und der Verordnung über den Rechnungsabschluss der Universitäten.

#### GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Rechnungsabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Universität unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum des Bestätigungsvermerkes ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

#### SONSTIGER SACHVERHALT

Der Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde von einem anderen Abschlussprüfer geprüft und am 3. April 2020 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

#### VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN RECHNUNGSABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Rechnungsabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften sowie den Vorschriften des Universitätsgesetzes 2002 und der Verordnung über den Rechnungsabschluss der Universitäten ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Universität vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Rechnungsabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Rechnungsabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Universität zur Fortführung der Universitätstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Universitätstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Universitätstätigkeit anzuwenden.

Der Universitätsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Universität.

#### VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSS-PRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES RECHNUNGS-ABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Rechnungsabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Rechnungsabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Universität abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rech-

nungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Universitätstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Universität zur Fortführung der Universitätstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Rechnungsabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Universität von der Fortführung der Universitätstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Rechnungsabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Rechnungsabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Universitätsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wien, am 19. April 2021

BDO Austria GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

  
ppa. Mag. (FH) René Berger  
Wirtschaftsprüfer



  
Mag. Gerhard Posautz  
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Rechnungsabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Rechnungsabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

WU - Wirtschaftsuniversität Wien

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva

Passiva

	31.12.2020	31.12.2019		31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR		EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			1. Umsatzkapital	8.380.855,23	8.380.855,23
Konzessionen und ähnliche Rechte und			2. Rücklagen	65.000.000,00	77.000.000,00
Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	813.418,54	482.592,05	3. Bilanzgewinn	36.423,38	222.542,95
			davon Gewinnvortrag EUR 222.542,95		
II. Sachanlagen			(Vorjahr: EUR 695.023,47)		
1. Grundstücke einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	27.512.698,86	26.772.566,28		71.417.278,61	85.601.398,18
davon Grundwert EUR 3.545.940,00 (Vorjahr: EUR 3.545.940,00)					
davon Gebäudewert EUR 29.966.668,86 (Vorjahr: EUR 23.226.626,28)			<b>B. Investitionszuschüsse</b>	174.788.426,55	151.726.030,91
2. Wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger	5.008.271,33	4.901.811,18			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.607.579,21	6.363.606,46	<b>C. Rückstellungen</b>		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	227.857,98	24.280,20	1. Rückstellungen für Abfertigungen	5.050.423,80	5.016.639,06
	38.356.317,38	37.862.264,12	2. Rückstellungen für Steuern	0,00	3.957,00
III. Finanzanlagen			3. Sonstige Rückstellungen	18.063.649,82	18.539.763,21
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	846.130,00	696.130,00		23.114.073,62	23.560.359,27
2. Beteiligungen	167.270.856,41	143.278.833,57	<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	16.904.539,52	35.510.859,86	1. Erhaltene Anzahlungen	1.361.305,36	25.008.058,00
	183.021.525,93	180.485.823,43	davon vom den Vorjahren absetzbar: EUR 798.604,85		
			(Vorjahr: EUR 17.051.465,35)		
<b>B. Umlaufvermögen</b>			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.170.021,75	3.976.267,03
I. Vorräte			3. Verbindlichkeiten gegenüber Rechtsträgern,	49.219,67	127.507,78
1. Betriebsmittel	59.951,75	66.184,47	mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
2. Noch nicht abzuschreibbare Leistungen im Auftrag Dritter	875.114,89	17.134.816,61	4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.818.101,38	6.683.492,07
3. Geleistete Anzahlungen	15.469,00	9.896,34		11.598.648,10	35.794.322,88
	950.526,61	17.210.897,32			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	19.425.484,56	7.406.140,64
1. Forderungen aus Lieferungen	2.163.105,84	2.747.046,68			
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	17.395,38	26.454,33			
3. Forderungen gegenüber Rechtsträgern,	8.022,47	0,00			
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht					
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2.656.901,24	749.284,96			
	4.845.624,93	3.522.786,17			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71.065.106,72	63.371.692,08			
	76.861.258,26	84.105.375,67			
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.291.331,39	1.154.704,31			
	302.343.911,50	304.090.259,58			

H. Baaliger

H. Haugg

M. Raub

J. Hubert

T. G. P. B.

Beilage I

WU - Wirtschaftsuniversität Wien

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2020

	2020	2019
	EUR	EUR
<b>1. Umsatzerlöse</b>		
a) Erlöse auf Grund von Globalbudgetzuweisungen des Bundes	132.664.239,78	126.402.049,81
b) Erlöse aus Studienbeiträgen	3.373.236,36	3.581.170,57
c) Erlöse aus Studienbeitragsersatz	0,00	3.300.163,29
d) Erlöse aus universitären Weiterbildungsleistungen	9.418.286,32	11.045.749,05
e) Erlöse gemäß § 27 UG	14.040.031,03	12.237.388,18
f) Kostenersätze gemäß § 26 UG	1.815.926,21	2.283.787,62
g) Sonstige Erlöse und andere Kostenersätze	5.654.221,08	5.866.724,18
davon sonstige Erlöse von Bundesministerien	EUR 1.097.151,71 (Vorjahr: EUR 1.045.157,00)	
	<b>166.965.940,78</b>	<b>164.717.032,70</b>
<b>2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen im Auftrag Dritter</b>	<b>-789.550,36</b>	<b>1.017.133,37</b>
<b>3. sonstige betriebliche Erträge</b>		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.617,10	2.800,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.702.271,66	363.136,12
c) übrige	1.109.022,89	1.123.059,90
davon aus der Auflösung von Investitionszuschüssen	EUR 872.127,20 (Vorjahr: EUR 845.229,71)	
	<b>3.814.911,65</b>	<b>1.488.996,02</b>
<b>4. Aufwendungen für Sachmittel und sonstige bezogene Herstellungsleistungen</b>		
a) Aufwendungen für Sachmittel	-40.658,78	-64.604,89
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-393.454,75	-546.451,11
	<b>-434.113,53</b>	<b>-611.056,00</b>
<b>5. Personalaufwand</b>		
a) Löhne und Gehälter	-84.647.161,25	-79.096.956,99
davon Refundierungen an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte	EUR 12.916.750,69 (Vorjahr: EUR 13.353.367,40)	
b) Aufwendungen für externe Lehre	-2.927.834,41	-3.076.640,44
c) Aufwendungen für Abfertigung und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-1.406.094,89	-1.900.920,49
davon Refundierungen an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte	EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	-2.541.938,68	-2.340.598,82
davon Refundierungen an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte	EUR 80.482,60 (Vorjahr: EUR 78.453,09)	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-18.849.065,54	-17.956.064,76
davon Refundierungen an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte	EUR 2.825.654,43 (Vorjahr: EUR 2.938.694,33)	
f) sonstige Sozialaufwendungen	-398.815,73	-618.494,35
davon Refundierungen an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte	EUR 220,00 (Vorjahr: EUR 550,00)	
	<b>-110.770.910,50</b>	<b>-104.989.675,85</b>
<b>6. Abschreibungen</b>	<b>-8.109.679,03</b>	<b>-6.962.184,41</b>
<b>7. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 13 fallen	-460.751,53	-483.066,22
b) übrige	-62.825.233,25	-47.270.995,16
	<b>-63.285.984,78</b>	<b>-47.754.061,38</b>
<b>8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7</b>	<b>+12.609.385,77</b>	<b>6.906.184,45</b>
<b>9. Erträge aus Finanzmitteln und Beteiligungen</b>		
a) davon aus Zuschreibungen	573.769,34	1.604.291,93
	EUR 206.283,82 (Vorjahr: EUR 1.568.591,98)	
<b>10. Aufwendungen aus Finanzmitteln und aus Beteiligungen</b>		
a) davon außerplanmäßige Abschreibungen	0,00	-0,07
	EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	
<b>11. Zwischensumme aus Z 9 bis 10 (Finanzerfolg)</b>	<b>573.769,34</b>	<b>1.604.291,86</b>
<b>12. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z 8 und Z 11)</b>	<b>-12.035.616,43</b>	<b>8.510.476,31</b>
<b>13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>-150.503,14</b>	<b>-82.956,83</b>
<b>14. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss</b>	<b>-12.186.119,57</b>	<b>8.427.519,48</b>
<b>15. Zuweisung zu Rücklagen</b>	<b>0,00</b>	<b>-8.900.000,00</b>
<b>16. Auflösung von Rücklagen</b>	<b>12.000.000,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17. Gewinnvortrag</b>	<b>222.542,95</b>	<b>695.023,47</b>
<b>18. Bilanzgewinn</b>	<b>36.423,38</b>	<b>222.542,95</b>

H. Baalig

Elmer

M. Rauf

Julian

T. G. 19/18

## **WU (WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN), WIEN**

### **ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM RECHNUNGSABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2020**

#### **A. ALLGEMEINE ANGABEN**

Der vorliegende Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2020 der WU (Wirtschaftsuniversität Wien) (nachfolgend „Universität“) wurde unter Beachtung der Bestimmungen des Universitätsgesetzes 2002 (nachfolgend „UG“), der Verordnung über den Rechnungsabschluss der Universitäten in der geänderten Fassung vom 29. Jänner 2016 (nachfolgend „Univ.Rechnungsabschluss-VO“) sowie unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des ersten Abschnittes des Dritten Buches des Unternehmensgesetzbuches (nachfolgend „UGB“) in der geltenden Fassung aufgestellt.

#### **B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

##### **1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Der Rechnungsabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Universität zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Dabei wurden die im § 201 Abs. 2 UGB kodifizierten Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung mit Ausnahme der unter Punkt 5, Vorräte, beschriebenen geänderten Bilanzierungsgrundsätze für die Darstellung der Forschungsförderungsprojekte ebenso beachtet wie die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 195 bis 211 UGB sowie der §§ 1 bis 17 Univ.Rechnungsabschluss-VO.

In Erweiterung des Gliederungsschemas der Univ.Rechnungsabschluss-VO werden Rechtsträger, bei denen ein Anteilsverhältnis von mehr als 50% vorliegt, als „verbundene Unternehmen“ dargestellt. Beziehungen zu Unternehmen, bei denen ein Anteilsverhältnis von mehr als 20%, jedoch weniger als 50% vorliegt, werden als „Rechtsträger, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“, ausgewiesen.

## **2. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen EDV-Software sowie Nutzungsrechte und setzen sich aus den Buchwerten der Vorjahresbilanz sowie den Anlagenzugängen abzüglich der Anlagenabgänge zu Buchwerten und abzüglich der Abschreibungen des laufenden Jahres zusammen. Die Bewertung der ausschließlich entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden planmäßigen linearen Abschreibungen. Die Nutzungsdauer für EDV-Software wurde mit 3 Jahren, die Nutzungsdauer für die Nutzungsrechte wurde mit 20 Jahren festgelegt.

Für Zugänge während der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wurde eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge während der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres eine halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit des Rechnungswesens im Jahr 2020 in Höhe von TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 6) voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zugang und Abgang dargestellt, wobei die Grenze für die Behandlung als geringwertiger Vermögensgegenstand mit EUR 5.000 (Vorjahr: EUR 5.000) festgelegt wurde.

## **3. Sachanlagen**

Die Sachanlagen setzen sich aus den Buchwerten der Vorjahresbilanz sowie den Anlagenzugängen abzüglich der Anlagenabgänge zu Buchwerten und abzüglich der Abschreibungen des laufenden Jahres zusammen. Im Posten „Sachanlagen“ sind Grundstücke (D5), Gebäude (D5) und Investitionen in Gebäude auf fremdem Grund, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger enthalten.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden planmäßigen linearen Abschreibungen.

Folgende Nutzungsdauern wurden festgelegt:

	Nutzungsdauer per 31.12.2020	Nutzungsdauer per 31.12.2019
Gebäude (D5)	40 Jahre	40 Jahre
Investitionen in fremde Gebäude	20-25 Jahre	24-25 Jahre
Hörsaal	10 Jahre	10 Jahre
Büromöbel	10 Jahre	10 Jahre
Hardware und Telekommunikationsanlagen	3 Jahre	3 Jahre
Sonstige Ausstattung	5 Jahre	5 Jahre

Für Zugänge während der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wurde eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge während der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres eine halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Die Bewertung von wissenschaftlicher Literatur und anderen wissenschaftlichen Datenträgern erfolgte unter Anwendung der Bestimmung des § 7 Abs. 2 Univ.Rechnungsabschluss-VO. Von der Möglichkeit der sinngemäßen Anwendung des § 209 Abs. 1 UGB wurde nicht Gebrauch gemacht.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit des Rechnungswesens im Jahr 2020 in Höhe von TEUR 2.743 (Vorjahr: TEUR 2.059) voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zugang und Abgang dargestellt, wobei die Grenze für die Behandlung als geringwertiger Vermögensgegenstand mit EUR 5.000 (Vorjahr: EUR 5.000) festgelegt wurde.

#### **4. Finanzanlagen**

Unter den Finanzanlagen sind derzeit Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips zu Marktpreisen am Stichtag. Im Geschäftsjahr hat es einen Zugang von TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 1.243) für den Fonds K 2018 sowie Zugänge in Höhe von TEUR 150 (Vorjahr: TEUR 0) bei Anteilen an verbundenen Unternehmen und Zugänge in Höhe von TEUR 58 (Vorjahr: TEUR 0) bei Beteiligungen gegeben. Weiters wurden Zuschreibungen in Höhe von TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 325) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 0) vorgenommen. Es hat Abgänge in Höhe von TEUR 19.813 (Vorjahr: TEUR 0) im Rahmen der Stiftung an die WU (Wirtschaftsuniversität) Wien – Stiftung gegeben.

Für den Neubau der Universität wurde im Jahr 2007 die Campus WU GmbH (vormals Projektgesellschaft Wirtschaftsuniversität Wien Neu GmbH), Wien, gegründet. Der Anteil der Universität am Stammkapital beträgt 49 %. Die Stammeinlage in Höhe von TEUR 17 wurde voll geleistet. Im Geschäftsjahr wurde ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von TEUR 23.935 (Vorjahr: TEUR 23.948) an die Campus WU GmbH geleistet.

## **5. Vorräte**

Im Bereich der Vorräte wurde im Rechnungsjahr 2020 die Bilanzierung der Forschungsförderung geändert. Forschungsförderungsprojekte werden nunmehr als Zuschüsse entsprechend den unternehmensrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen, insbesondere um eine Angleichung an die gängige Bilanzierung bei Universitäten und eine bessere Vergleichbarkeit der Rechnungsabschlüsse der Universitäten herzustellen, abgebildet.

Die zugesagten Fördermittel werden ab dem Rechnungsjahr als Zuschuss zur Abdeckung von Aufwendungen nach Maßgabe des Aufwandsanfalls erfasst. Erhaltene Zuschüsse zur Abdeckung von entsprechend präzisierten Aufwendungen für künftige Perioden werden als passive Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Ansprüche auf den Ersatz von Forschungsaufwendungen werden als Forderungen in dem Umfang im Jahresabschluss aktiviert, in dem die Aufwendungen angefallen sind und dafür ein Zuschuss aufgrund einer Fördervereinbarung mit ausreichender Sicherheit gewährt wird.

Noch nicht abrechenbare Leistungen in Höhe von TEUR 817 (Vergleichswert des Vorjahres wäre bei gleicher Bilanzierung: TEUR 1.646) resultieren im Wesentlichen aus laufenden Auftragsforschungsprojekten im Sinne des § 27 UG und sind zu Herstellungskosten bewertet, wobei auch angemessene Gemeinkosten aktiviert wurden.

## **6. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten abzüglich Wertberichtigungen angesetzt.

## **7. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen**

Im Jahr 2018 wurde dieser Posten neu aufgenommen. Darin sind Forderungen gegenüber der WU ZBP Career Center GmbH in Höhe von TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 26) enthalten.

## **8. Forderungen gegenüber Rechtsträgern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Im Jahr 2020 wurde dieser Posten neu aufgenommen. Darin sind Forderungen gegenüber der ABC Research GmbH in Höhe von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 0) und Forderungen gegenüber der Campus – WU GmbH in Höhe von TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 0) enthalten.

## **9. Forderung aus Ertragsteuern**

Die Universität hat durch den Betrieb der Garage am neuen Campus einen Betrieb gewerblicher Art begründet. Aufgrund von im Jahr 2020 geleisteten Körperschaftsteuervorauszahlungen in Höhe von TEUR 66 (Vorjahr: TEUR 0) ergibt sich zum 31. Dezember 2020 eine Forderung in Höhe von TEUR 42 zuzüglich des Saldos der Forderungen aus den Veranlagungen 2018 und 2019 in Höhe von TEUR 26 (Vorjahr Rückstellung: TEUR 4).

## **10. Guthaben bei Kreditinstituten**

Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zum Nominalwert ausgewiesen. Wir weisen darauf hin, dass die Universität vier Bankkonten treuhändig für die Österreichische Nationalbank zur Abwicklung von Förderungen/Stipendien verwaltet. Sämtliche vier Konten weisen zum Jahresende einen Saldo von TEUR 36 (Vorjahr: TEUR 70) auf.

## **11. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Dieser Posten umfasst im Kalenderjahr 2020 geleistete Vorauszahlungen (i.W. Internet, Miete, Energiebezüge sowie Abgrenzungen von Softwarewartungs- und Lizenzverträgen) in Höhe von TEUR 1.291 (Vorjahr: TEUR 1.155).

## **12. Eigenkapital**

Im Eigenkapital in Höhe von TEUR 73.417 (Vorjahr: TEUR 85.603) ist eine freie Rücklage in Höhe von TEUR 65.000 (Vorjahr: TEUR 77.000) enthalten. Die freien Rücklagen sind zur Abdeckung von Risiken aus Personalkostensteigerungen, aus Leistungs- und Zielvereinbarungen sowie für Innovationen und als strategische Reserve vorgesehen. Um den Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -12.186 (Vorjahr Jahresüberschuss: TEUR 8.428) zuzüglich Gewinnvortrag in Höhe von TEUR 223 (Vorjahr: TEUR 695) auszugleichen, wurde eine Rücklage in Höhe von TEUR 12.000 (Vorjahr Zuweisung zu Rücklagen: TEUR 8.900) aufgelöst und der Rest in Höhe von TEUR 36 (Vorjahr: TEUR 223) auf neue Rechnung vorgetragen.

### **13. Investitionszuschüsse**

Unter diesem Posten sind Zuschüsse in Höhe von TEUR 174.788 (Vorjahr: TEUR 151.726) des BMBWF vormals BMWFW zur Finanzierung der Erstausrüstung des Neubaus der Universität sowie zur Finanzierung der Beteiligung an der Campus WU GmbH und des Kuratoriums zur Teil-Finanzierung des D5 ausgewiesen.

### **14. Rückstellungen für Abfertigungen**

Rückstellungen für Abfertigungen wurden für verschiedene Beschäftigungsgruppen nach den anzuwendenden Bestimmungen des GehG, VBG, UniAbgG und AngG gebildet. Der Berechnung der Abfertigungsrückstellung für Dienstnehmer/innen, die dem Vertragsbedienstetengesetz unterliegen, wurde das im Jahr 2006 ergangene Urteil des Obersten Gerichtshofes zugrunde gelegt. Daher wurde für Vertragsbedienstete der Günstigkeitsvergleich nicht mehr angewendet.

Gemäß der AFRAC Stellungnahme zur Bewertung des Sozialkapitals vom Juni 2015 wurde eine versicherungsmathematische Vergleichsberechnung zum 31. Dezember 2015 durchgeführt. Aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse war ein Umstieg von einer finanz- auf eine versicherungsmathematische Berechnung nicht notwendig. Die Berechnung der Rückstellungen für Abfertigungen erfolgte nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes in Höhe von 0,39 % (Vorjahr: 0,91 %), einer Gehaltssteigerung von 2,0 % p.a. (Vorjahr: 2,0 %) und unter Beachtung des frühestmöglichen Pensionseintrittsalters nach der Pensionssicherungsreform 2003. Als Rechnungszinssatz wurde ein Stichtagszins gewählt. Die Erhöhung der Rückstellung beträgt TEUR 34 (Vorjahr: Erhöhung TEUR 532) und ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Rechnungszinssatzes zurückzuführen.

### **15. Sonstige Rückstellungen**

Bei der Berechnung der sonstigen Rückstellungen ist entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen worden.

Gemäß der AFRAC Stellungnahme zur Bewertung des Sozialkapitals vom Juni 2015 wurde eine versicherungsmathematische Vergleichsberechnung für die Jubiläumsgeldrückstellung zum 31. Dezember 2015 durchgeführt. Aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse war ein Umstieg von einer finanz- auf eine versicherungsmathematische Berechnung nicht notwendig.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläumsgelder erfolgte nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes in Höhe von 0,39 % (Vorjahr: 0,91 %), einer Gehaltssteigerung von 2,0 % p.a. (Vorjahr: 2 %) und unter Beachtung des frühestmöglichen Pensionseintrittsalters nach der Pensionssicherungsreform 2003. Es wurde ein Fluktuationsabschlag in Höhe von 40 % für Mitarbeiter, die am Bilanzstichtag weniger als 5 Jahre bei der Universität beschäftigt waren, berücksichtigt. Als Rechnungszinssatz wurde ein Stichtagszins gewählt. Die Erhöhung der Rückstellung beträgt TEUR 279 (Vorjahr: TEUR 649) und ist im Wesentlichen auf die erhöhte Anzahl an anspruchsberechtigten Mitarbeitern zurückzuführen.

Im Jahr 2020 wurde eine Rückstellung für Überstunden für das allgemeine Verwaltungspersonal aus dem Kreis der Beamten, der Vertragsbediensteten und jenem der Angehörigen des Kollektivvertrags in Höhe von TEUR 389 (Vorjahr: TEUR 285) gebildet. Die übrigen langfristigen Rückstellungen (insbesondere für Freisemester und Personalkosten) wurden mit einem Zinssatz von 0,39 % (Vorjahr: 0,91 %) abgezinst.

#### **16. Verbindlichkeiten**

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgte unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht mit ihrem Erfüllungsbetrag. Verbindlichkeiten in Währungen von Staaten, die nicht an der Europäischen Währungsunion teilnehmen, werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem ungünstigeren Kurs zum Bilanzstichtag bewertet.

#### **17. Verbindlichkeiten gegenüber Rechtsträgern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Darin sind Verbindlichkeiten gegenüber der Campus WU GmbH in Höhe von TEUR 49 (Vorjahr: TEUR 127) enthalten.

#### **18. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Dieser Posten umfasst im Wesentlichen die Abgrenzung des im Voraus erhaltenen Erhöhungsbetrages aufgrund des Schlichtungsverfahrens, Ertragsabgrenzungen für Universitätslehrgänge sowie Abgrenzungen von Mitteln für die Forschungs- und Frauenförderung in Höhe von TEUR 12.786 (Vorjahr: TEUR 7.406).

Durch die Änderung der Projektbewertung im Drittmittelbereich werden erstmalig Erlöse für Forschungsförderung in der Höhe von EUR 6.639 (Vergleichswert des Vorjahres wäre bei gleicher Bilanzierung: TEUR 6.213) in der passiven Rechnungsabgrenzung abgegrenzt.

## **19. Bestandsveränderung**

Die Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen resultiert aus der Auftragsforschung. Bei laufenden Auftragsforschungsprojekten werden die Aufwendungen und Erlöse als „Noch nicht abgerechnete Leistungen“ und „erhaltene Anzahlungen“ abgebildet. Projekte der Auftragsforschung werden wie unfertige Erzeugnisse gesehen und zu Herstellungskosten bewertet.

## C. AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES

## 1. Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens

Bezeichnung	Anschaffungs/Herstellungskosten						Kumulierte Wertberichtigung 1.1.2020	Kumulierte Wertberichtigung 31.12.2020	Zuschreibung	Abschreibung Abgang	Zuschreibung	Abschreibung Zugang	Kumulierte Wertberichtigung 1.1.2020	Kumulierte Wertberichtigung 31.12.2020	Buchwert 31.12.2020	Buchwert 31.12.2019
	Stand am 1.1.2020	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2020	EUR										
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>																
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	3.413.301,64	578.621,67	0,00	15.552,00	4.007.475,31	2.830.709,59	2.830.709,59	0,00	2.655,90	263.307,18	0,00	2.655,90	3.194.016,77	813.458,54	482.592,05	0,00
2. Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	2.655,90	2.655,90	0,00	0,00	0,00	2.655,90	0,00	2.655,90	0,00	0,00	2.655,90	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>3.413.301,64</b>	<b>581.277,57</b>	<b>2.655,90</b>	<b>15.552,00</b>	<b>4.007.475,31</b>	<b>2.830.709,59</b>	<b>2.830.709,59</b>	<b>0,00</b>	<b>2.655,90</b>	<b>263.307,18</b>	<b>0,00</b>	<b>2.655,90</b>	<b>3.194.016,77</b>	<b>813.458,54</b>	<b>482.592,05</b>	<b>0,00</b>
<b>II. Sachanlagen</b>																
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grund	30.234.378,43	1.516.263,43	0,00	8.728,20	31.759.370,06	3.461.812,15	3.461.812,15	784.949,05	0,00	0,00	0,00	784.949,05	4.246.761,20	27.512.608,66	26.772.566,28	0,00
2. Wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger	9.910.208,53	1.760.597,53	1.639.521,69	0,00	10.031.284,37	5.008.397,35	5.008.397,35	1.654.137,38	1.639.521,69	0,00	0,00	1.654.137,38	5.023.013,04	5.008.271,33	4.901.811,18	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.853.904,65	2.107.975,00	5.234,21	0,00	43.956.645,44	35.690.298,19	35.690.298,19	2.661.385,15	2.617,11	0,00	0,00	2.661.385,15	38.349.066,23	5.607.579,21	6.163.606,46	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	24.280,20	227.857,98	0,00	(24.280,20)	227.857,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	227.857,98	24.280,20	0,00
5. Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	2.743.244,37	2.743.244,37	0,00	0,00	0,00	0,00	2.743.244,37	2.743.244,37	0,00	0,00	2.743.244,37	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>82.022.771,81</b>	<b>8.355.938,31</b>	<b>4.388.000,27</b>	<b>(15.552,00)</b>	<b>85.975.157,85</b>	<b>44.160.507,69</b>	<b>44.160.507,69</b>	<b>7.843.715,95</b>	<b>4.385.383,17</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>7.843.715,95</b>	<b>47.618.840,47</b>	<b>38.356.317,38</b>	<b>37.862.264,12</b>	<b>0,00</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>																
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	696.130,00	150.000,00	0,00	0,00	846.130,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	846.130,00	696.130,00	0,00
2. Beteiligungen	143.278.333,57	23.992.522,84	0,00	0,00	167.270.856,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	167.270.856,41	143.278.333,57	0,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	36.544.240,00	200.558,88	19.812.604,16	0,00	16.932.194,72	33.380,14	33.380,14	0,00	0,00	5.724,94	0,00	0,00	27.655,20	16.904.539,52	36.510.859,86	0,00
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>180.518.703,57</b>	<b>24.343.081,72</b>	<b>19.812.604,16</b>	<b>0,00</b>	<b>185.049.181,13</b>	<b>33.380,14</b>	<b>33.380,14</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>5.724,94</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>27.655,20</b>	<b>185.021.525,93</b>	<b>180.485.323,43</b>	<b>0,00</b>
<b>GESAMTSUMME</b>	<b>265.954.777,02</b>	<b>33.280.297,60</b>	<b>24.203.260,33</b>	<b>0,00</b>	<b>275.031.814,29</b>	<b>47.124.597,42</b>	<b>47.124.597,42</b>	<b>8.109.679,03</b>	<b>4.388.039,07</b>	<b>5.724,94</b>	<b>0,00</b>	<b>8.109.679,03</b>	<b>50.840.512,44</b>	<b>224.191.301,85</b>	<b>218.830.179,60</b>	<b>0,00</b>

Im Posten "Wertpapiere des Anlagevermögens" sind Wertpapiere, für die Verfügungsbeschränkungen gegenüber Dritten bestehen, mit einem Buchwert in Höhe von EUR 267.659,86 enthalten.

## 2. Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung und Entwicklung:

WU ZBP Career Center GmbH Sitz: Wien Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Anteil am Kapital	Buchwert der Anteile am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	100,00%	846.130,00	-297.544,00	592.060,76
2019	100,00%	696.130,00	27.615,03	739.604,76

Es wurden im Jahr 2018 100 % der Anteile an der WU ZBP Career Center GmbH an die  
Wirtschaftsuniversität Wien durch Schenkung übertragen.

## 3. Beteiligungen

Zusammensetzung und Entwicklung:

Campus WU GmbH Sitz: Wien Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Anteil am Kapital	Buchwert der Beteiligung am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	49,00%	167.209.356,41	31.243.941,01	342.677.554,19
2019	49,00%	143.274.833,57	31.226.620,97	360.909.122,48

CDP Center für Digital Production GmbH Sitz: Wien Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Anteil am Kapital	Buchwert der Beteiligung am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	10,00%	3.500,00	*	*
2019	10,00%	3.500,00	474,57	36.089,68

\* Steht noch nicht fest.

ABC Research GmbH Sitz: Wien Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Anteil am Kapital	Buchwert der Beteiligung am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	8,00%	8.000,00	-16.168,19	18.831,81

Die Beteiligung wurde im Kalenderjahr 2020 erworben.

ACOMarket GmbH Sitz: Wien Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Anteil am Kapital	Buchwert der Beteiligung am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	11,11%	50.000,00	*	*

Die Beteiligung wurde im Kalenderjahr 2020 erworben.

\* Steht noch nicht fest.

#### 4. Angaben zu Stiftungen

Zusammensetzung und Entwicklung:

WU (Wirtschaftsuniversität) Wien - Stiftung Sitz: Wien Rechtsform: Stiftung nach dem BStFG	Anteil am Kapital	Buchwert der Beteiligung am 31.12.2020 EUR	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Eigenkapitals EUR
2020	*	*	41.566,28	20.091.566,28

Die Stiftung wurde im Kalenderjahr 2020 errichtet.

\* nicht anwendbar

#### 5. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Angabe der Restlaufzeit von Forderungen (§ 11 Univ.Rechnungsabschluss-VO)

	mit einer Rest- laufzeit bis zu einem Jahr EUR	mit einer Rest- laufzeit von einem bis zu fünf Jahren EUR	mit einer Rest- laufzeit von mehr als fünf Jahren EUR	31.12.2020 EUR
Forderungen aus Leistungen	2.163.105,84	0,00	0,00	2.163.105,84
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	17.595,38	0,00	0,00	17.595,38
Forderungen gegenüber Rechtsträgern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.022,47	0,00	0,00	8.022,47
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2.656.901,24	0,00	0,00	2.656.901,24
Summe	4.845.624,93	0,00	0,00	4.845.624,93

	mit einer Rest- laufzeit bis zu einem Jahr EUR	mit einer Rest- laufzeit von einem bis zu fünf Jahren EUR	mit einer Rest- laufzeit von mehr als fünf Jahren EUR	31.12.2019 EUR
Forderungen aus Leistungen	2.747.046,68	0,00	0,00	2.747.046,68
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	26.454,53	0,00	0,00	26.454,53
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	749.284,96	0,00	0,00	749.284,96
Summe	3.522.786,17	0,00	0,00	3.522.786,17

In den sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen sind Erträge in Höhe von EUR 2.426.235,46 (Vorjahr: EUR 424.034,64) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

**6. Investitionszuschüsse**

	Stand 1.1.2020	Zugang	Verbrauch	Stand 31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	228.540,00	0,00	17.580,00	210.960,00
<b>II. Sachanlagen</b>				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grund	6.164.028,49	0,00	209.649,97	5.954.378,52
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.075.778,91	0,00	644.897,23	1.430.881,68
<b>III. Finanzanlagen</b>				
1. Beteiligungen	143.257.683,51	23.934.522,84	0,00	167.192.206,35
Summe Investitionszuschuss 2020	151.726.030,91	23.934.522,84	872.127,20	174.788.426,55

	Stand 1.1.2019	Zugang	Verbrauch	Stand 31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	246.120,00	0,00	17.580,00	228.540,00
<b>II. Sachanlagen</b>				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grund	6.373.678,26	0,00	209.649,77	6.164.028,49
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.693.778,81	0,00	617.999,94	2.075.778,91
<b>III. Finanzanlagen</b>				
1. Beteiligungen	119.309.177,79	23.948.505,72	0,00	143.257.683,51
Summe Investitionszuschuss 2019	128.622.754,86	23.948.505,72	845.229,71	151.726.030,91

**7. Sonstige Rückstellungen**

Zusammensetzung und Entwicklung:

Zusammensetzung	1.1.2020 EUR	Verwendung EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2020 EUR
Personalmrückstellungen					
1 Noch nicht konsumierte Urlaube	7.525.099,48	7.525.099,48	0,00	9.116.737,41	9.116.737,41
2 Jubiläumsgelder	5.788.803,97	0,00	0,00	279.193,41	6.067.997,38
3 Prüfungsentschädigung	515.742,25	365.972,64	149.769,61	575.180,06	575.180,06
4 Behindertenausgleichstaxe	180.000,00	163.047,00	16.953,00	190.000,00	190.000,00
5 Überstunden, Zeitausgleich	285.015,51	0,00	0,00	104.535,28	389.550,79
Weitere Rückstellungen					
1 Leistungsvereinbarungszielwerte	2.421.600,00	0,00	2.421.600,00	0,00	0,00
2 Executive Academy	912.081,63	912.081,63	0,00	841.361,11	841.361,11
3 Studienbeiträge Wintersemester 2012/2013	218.294,00	0,00	109.150,00	0,00	109.144,00
4 Sonstige	693.127,07	184.039,53	4.799,05	269.390,58	773.679,07
Summe	18.539.763,91	9.150.240,28	2.702.271,66	11.376.397,85	18.063.649,82

Die Veränderungen der Rückstellungen für noch nicht konsumierte Urlaube, Jubiläumsgelder und Überstunden, Zeitausgleich sind in Punkt 6. a) der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

**8. Zusatzangaben zu Verbindlichkeiten**

Angabe der Restlaufzeit zu Verbindlichkeiten (§ 11 Univ.Rechnungsabschluss-VO):

Bezeichnung	mit einer Rest- laufzeit bis zu einem Jahr	mit einer Rest- laufzeit von einem bis zu fünf Jahren	mit einer Rest- laufzeit von mehr als fünf Jahren	31.12.2020 EUR
	EUR	EUR	EUR	
Erhaltene Anzahlungen	839.852,02	721.453,34	0,00	1.561.305,36
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.170.021,75	0,00	0,00	4.170.021,75
Verbindlichkeiten gegenüber Rechtsträgern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49.219,67	0,00	0,00	49.219,67
Sonstige Verbindlichkeiten	5.793.202,88	8.753,00	16.145,50	5.818.101,38
Summe	10.852.296,32	730.206,34	16.145,50	11.598.648,16

Bezeichnung	mit einer Rest- laufzeit bis zu einem Jahr	mit einer Rest- laufzeit von einem bis zu fünf Jahren	mit einer Rest- laufzeit von mehr als fünf Jahren	31.12.2019 EUR
	EUR	EUR	EUR	
Erhaltene Anzahlungen	18.812.856,13	6.195.201,87	0,00	25.008.058,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.976.267,03	0,00	0,00	3.976.267,03
Verbindlichkeiten gegenüber Rechtsträgern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	127.507,78	0,00	0,00	127.507,78
Sonstige Verbindlichkeiten	6.409.431,57	11.920,00	261.145,50	6.682.497,07
Summe	29.326.062,51	6.207.121,87	261.145,50	35.794.329,88

Von den Aufwendungen, die in den "Sonstigen Verbindlichkeiten" enthalten sind, werden nach dem Abschlussstichtag EUR 5.125.823,40 (Vorjahr: EUR 4.781.359,12) zahlungswirksam.

Die erhaltenen Anzahlungen entfallen in Höhe von EUR 1.332.966,36 (Vergleichswert Vorjahr bei gleicher Bilanzierung: EUR 3.184.019,15) auf Auftragsforschungsprojekte.

**9. Aufgliederung der übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen**

Bezeichnung	2020 EUR	2019 EUR
Zuschüsse an Stiftungen	20.049.681,55	0,00
Miete Gebäude	11.074.893,58	10.969.986,54
Sonstige Instandhaltung und Reinigung durch Dritte	7.375.771,87	6.872.905,03
Leihpersonal, Werkverträge, Fremdleistungen	4.874.665,25	5.481.741,53
Verbrauch von Energie	1.862.417,77	1.989.754,95
Reiseaufwendungen und Spesen	602.704,32	2.655.070,21
Betriebskosten Gebäude	1.266.130,29	1.946.252,30
Sonstige Miet-, Leasing-, Lizenzgebühren	3.478.162,98	3.467.318,55
Stipendien, Aus- und Fortbildung sowie ähnliche Förderungen	1.627.924,08	2.104.191,35
Instandhaltung von Gebäuden	591.770,32	401.324,68
Nachrichtenaufwand (Porto, Telefon, Internet, Telefax etc.)	623.864,74	503.771,49
Übrige	9.397.246,50	10.878.678,53
Summe	62.825.233,25	47.270.995,16

**10. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt für das Jahr 2021 TEUR 47.203 (Vorjahr: TEUR 43.170) und für die kommenden fünf Jahre TEUR 225.267 (Vorjahr: TEUR 214.955) und setzt sich im Wesentlichen aus Mieten sowie Zuschüssen und Erhaltungsbeiträgen aufgrund des Neubaus der Universität zusammen.

## D. SONSTIGE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN

### 1. Angaben nach Bundes Public Corporate Governance Kodex

Im Kalenderjahr 2020 wurde für die Tätigkeit der Mitglieder des Rektorates EUR 897.716,28 gewährt, davon fallen EUR 804.727,84 auf Gehaltszahlungen einschließlich Sonderzahlungen und Leistungsprämien und der Rest auf Pensionsvorsorgen, Versicherungsprämien und pauschalierte Auslagenersätze (Vorjahr: Gesamt EUR 880.340,83).

Für die Tätigkeit der Mitglieder des Universitätsrates wurden insgesamt EUR 68.400,-- gewährt (Vorjahr: Gesamt EUR 68.400,--), wobei davon wiederum EUR 33.400,-- an die Wirtschaftsuniversität Wien gespendet wurden.

Weder die Mitglieder des Rektorats noch des Universitätsrates noch die diesen Organmitgliedern nahe stehenden Personen und Unternehmen haben eine über die oben angeführten Tätigkeiten hinausgehende Geschäftsbeziehung zur Universität. Es wurden keine Kredite an die Mitglieder des Rektorats oder des Universitätsrates gewährt. Es hat auch keine Geschäfte zwischen den Mitgliedern des Rektorats und der Universität gegeben. Die Mitglieder des Universitätsrates haben auch keine Dienstleistungs- oder Werkverträge mit der Universität geschlossen.

### 2. Durchschnittliche Anzahl der universitären Mitarbeiter/innen während des Rechnungsjahres gemäß BidokVUni

Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund der Änderung der Universitäts- und Hochschulstatistik- und Bildungsdokumentationsverordnung an die neue Gliederung angepasst.

Durchschnittliche VZÄ während des Rechnungsjahres 2020	Weiblich	Männlich	Gesamt
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	367,00	460,73	827,73
Professorinnen und Professoren	25,13	68,08	93,20
Äquivalente zu Professorinnen und Professoren	23,69	46,10	69,78
Dozentinnen und Dozenten	17,32	37,70	55,01
Assoziierte Professorinnen und Professoren (KV)	6,37	8,40	14,77
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	318,19	346,57	664,76
darunter Assistenzprofessorinnen und Assistentenprofessoren (KV)	8,82	4,50	13,32
darunter Universitätsassistentinnen und -assistenten (KV) auf Laufbahnstelle gemäß § 13b Abs. 3 UG	6,50	8,00	14,50
darunter über F & E-Projekte drittfinanzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	71,12	75,69	146,81
Allgemeines Personal	434,68	204,16	638,84
darunter über F&E-Projekte drittfinanziertes allgemeines Personal	13,69	0,88	14,57
<b>Insgesamt</b>	<b>801,68</b>	<b>664,89</b>	<b>1466,57</b>

Durchschnittliche VZÄ während des Rechnungsjahres 2019	Weiblich	Männlich	Gesamt
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	353,90	435,66	789,56
Professorinnen und Professoren	22,42	67,74	90,16
Äquivalente zu Professorinnen und Professoren	21,90	46,00	67,90
Dozentinnen und Dozenten	16,23	38,29	54,52
Assoziierte Professorinnen und Professoren (KV)	5,67	7,71	13,38
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	309,58	321,92	631,50
darunter Assistenzprofessorinnen und Assistentenprofessoren (KV)	10,13	5,00	15,13
darunter Universitätsassistentinnen und -assistenten (KV) auf Laufbahnstelle gemäß § 13b Abs. 3 UG	2,50	1,50	4,00
darunter über F & E-Projekte drittfinanzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	75,13	74,34	149,46
Allgemeines Personal	424,30	195,54	619,84
darunter über F&E-Projekte drittfinanziertes allgemeines Personal	12,32	0,75	13,07
<b>Insgesamt</b>	<b>778,20</b>	<b>631,20</b>	<b>1 409,40</b>

### 3. Angaben zu § 11 Z 5 Univ.Rechnungsabschluss-VO

Jubiläumsstiftung der Wirtschaftsuniversität Wien, Privatstiftung	Höhe des Ergebnisses des letzten Geschäftsjahres EUR	Höhe des Stiftungsvermögens EUR
2019 *	72.624,02	3.868.747,99
2018	-63.430,93	3.796.123,97

\* Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechnungsabschlusses noch nicht vor.

### 4. Angaben zu § 11 Z 11 Univ.Rechnungsabschluss-VO

Im Kalenderjahr 2020 wurde ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von TEUR 23.935 (Vorjahr: TEUR 23.948) an die Campus WU GmbH sowie ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von TEUR 150 (Vorjahr: TEUR 0) an die WU ZBP Career Center GmbH geleistet.

Im Kalenderjahr 2020 wurde die WU (Wirtschaftsuniversität) Wien - Stiftung errichtet. In diesem Rahmen hat die Wirtschaftsuniversität Wien Barvermögen in iHv. EUR 49.000,00 als Stiftungskapital zugewendet. Weiters hat die Wirtschaftsuniversität Wien im Kalenderjahr 2020 19.133 Anteile am Spezialfonds K 2018 (ISIN AT0000A21LS0 (A) (EUR)) mit einem Kurswert von EUR 20.000.681,55 als Vermögenswidmung an diese Stiftung übertragen

## **5. Angaben zur Forschung im Auftrag Dritter und zu Lehrgängen**

Die mit 1. März 2017 in Kraft getretene Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über einheitliche Standards für die Kosten- und Leistungsrechnung an Universitäten (KLRV) normiert in § 7 eine Zuordnung von Personalkosten zu bestimmten Personalkategorien. Eine Kosten- und Leistungsrechnung gemäß den Anforderungen dieser KLRV ist bis spätestens zum Ablauf des 31. Dezember 2019 an den Universitäten zu implementieren. Um jedoch schon früher Auswertungen über die in § 7 KLRV festgelegten Personalkategorien durchführen zu können, wurden die Personalarückstellungen erstmalig im Kalenderjahr 2017 nach den in § 7 KLRV festgelegten Personalkategorien unterteilt. Dadurch konnten die Personalarückstellungen 2017 erstmals auch auf die Segmente Kernbudget, § 26, § 27 und Executive Academy/Lehrgänge aufgeteilt werden.

Das Ergebnis aus § 26 UG beträgt für die Universität TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 0).

Das Ergebnis aus § 27 UG beträgt TEUR 1.721 (Vorjahr: TEUR 912).

Den noch nicht abrechenbaren Leistungen aus Auftragsforschungsprojekten gemäß § 27 UG in Höhe von TEUR 817 (Vergleichswert des Vorjahres wäre bei gleicher Bilanzierung: TEUR 1.646) stehen erhaltene Anzahlungen in Höhe von TEUR 1.333 (Vergleichswert des Vorjahres wäre bei gleicher Bilanzierung: TEUR 3.184) gegenüber. Der daraus resultierende Überhang der erhaltenen Anzahlungen über die noch nicht abrechenbaren Leistungen stellt die Finanzierung dieser Projekte sicher und gewährleistet somit die Deckung der Kosten. Die Lehrgänge erzielten Erlöse in Höhe von TEUR 8.626 (Vorjahr: TEUR 9.132). Der Aufwand für die Lehrgänge beträgt TEUR 8.766 (Vorjahr: TEUR 8.934). Aus den Tätigkeiten gemäß §§ 26 und 27 UG sind für die Universität keine besonderen Risiken bekannt.

## **6. Angaben zu Abfertigungen**

Vom Abfertigungsaufwand des Jahres 2020 in Höhe von EUR 1.406.094,89 (Vorjahr: TEUR 1.901) entfallen EUR 990.189,30 (Vorjahr: TEUR 917) auf Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen. Die Veränderung der Rückstellung ist in Punkt 6. c) der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

## **7. Aufwendungen für die Abschlussprüfung**

Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer betragen TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 19).

## 8. Angabe aller Mitglieder des Rektorats und des Universitätsrates im Rechnungsjahr

Im Rechnungsjahr waren folgende Personen zu Mitgliedern des Rektorats bestellt:

Univ.-Prof. DI. Dr. Edeltraud Hanappi-Egger, Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Michael Lang, Univ.-Prof. Mag. Dr. Harald Badinger, Mag. Tatjana Oppitz sowie Univ.-Prof. Mag. Dr. Margarethe Rammerstorfer.

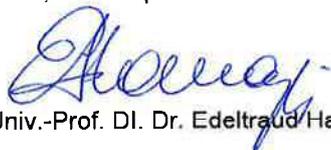
Im Rechnungsjahr waren folgende Personen zu Mitgliedern des Universitätsrates bestellt:

Mag. Dr. Cattina Leitner, Mag. Dr. Stephan Koren, Mag. Dr. Christine Dornaus, Mag. Dr. Barbara Kolm sowie Valentin Stalf M.A. HSG.

## 9. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2020 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftsuniversität Wien eingetreten, die zu einer anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

Wien, am 9. April 2021



Univ.-Prof. DI. Dr. Edeltraud Hanappi-Egger e.h.



Mag. Tatjana Oppitz



Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Michael Lang e.h.



Univ.-Prof. Mag. Dr. Harald Badinger e.h.



Univ.-Prof. Mag. Dr. Margarethe Rammerstorfer

# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und  
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

## Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt.

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I. TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

### 3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

### 4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissensklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

### 6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

### 7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

#### 8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

#### 9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

#### 10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

#### 11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

#### 12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untonlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

### 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.